

## Quo Vadis amerikanische Außenpolitik?

### Teil 1

Wenn es um Entscheidungen zur US-Militärpolitik geht, sprechen Grundsatzkritiker gerne von der *Uniparty* bzw. *Uni-War-Party*. Sie meinen damit, dass zwischen Republikanern und Demokraten weitgehend Konsens betreffs der (Erhöhung) der Militärausgaben und dem Ausspielen militärischer Stärke herrscht. Erst als Trump im Jahr 2017 einen Raketenangriff auf Syrien befahl, galt er als „richtiger“ Präsident; und ein Anchor von MSNBC (einem äußerst Trump-kritischen Sender) ließ sich angesichts der Filmaufnahmen des Angriffs dazu hinreißen, begeistert Leonard Cohens Worte „*the beauty of our weapons*“ [zu zitieren](#). Umgekehrt muss sich Biden regelmäßig republikanische Kritik an seiner China-Politik gefallen lassen, die als zu weich gilt, z.B. von [der Falkin Nikki Haley](#), Trumps ehemaliger UN-Botschafterin.

Auch wenn es taktische Unterschiede bei der Umsetzung gibt, sind sich beide Lager bezüglich der strategischen Zielsetzung einig: Ausbau und Erhalt der US-Hegemonie. Die Eindämmung potentiell starker Mächte, wie z.B. Russland und vor allem China, erhält so oberste Priorität. Dieses Ziel wurde erstmals 2002 in Präsident [Bushs nationaler Sicherheitsstrategie](#) (Wolfowitz-Doktrin) klar formuliert:

„Unser erstes Ziel ist es, das Wiedererstarken eines neuen Rivalen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo zu verhindern, der eine der Sowjetunion vergleichbare Bedrohung darstellt. Dies ist eine der wichtigsten Überlegungen, die der neuen regionalen Verteidigungsstrategie zugrunde liegen, und erfordert, dass wir uns bemühen, eine feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter einer konsolidierten Kontrolle ausreichen würden, um globale Macht zu erzeugen.“ [Übersetzung d. V.]

Auch nachfolgende demokratische Präsidenten haben diesen Anspruch nicht revidiert, wenn sie ihn auch in der Regel etwas weicher verpacken und z.B. von der notwendigen amerikanischen Führungsrolle sprechen, die die Welt braucht. Die „außergewöhnliche Nation“ muss trotz aller Widrigkeiten diese Bürde auf sich nehmen, wie z.B. Robert Kagan 2021 in seinem Artikel „Zur Supermacht verdammt“ ausführte.<sup>1</sup>

### Liegt ein Wandel in der Luft?

Kritik an den „*forever wars*“ war bisher – von rechts und links - eher außerhalb des Kongresses zu hören. So riefen im Frühjahr 2024 führende Militärexperten in einem in der New York Times veröffentlichten [Offenen Brief](#) dazu auf, Amerika in eine Friedensmacht zu verwandeln. In den letzten Monaten schwappte die Kritik durchaus auch in die Legislativorgane. Lange verhinderte eine republikanische Mehrheit die Freigabe von Mitteln

---

<sup>1</sup> Blätter für deutsche und internationale Politik 4/21

zur Unterstützung der Ukraine.<sup>2</sup> Die brutale Reaktion Israels auf den Hamas-Anschlag am 7. Oktober 2023 erregt die Gemüter vieler Demokraten, und seine Unterstützung Israels könnte Biden viele Stimmen kosten.

Doch auch im Establishment selbst werden Sorgen laut. Amerikas Macht gerät an vielen Stellen unter Druck. Angesichts der vielen Krisengebiete besteht auch für eine Supermacht die Gefahr, sich zu verzetteln. Insbesondere [stellt sich die Frage](#), ob die militärischen Ressourcen reichen oder genügend ausgebaut werden können, um den jeweiligen Verbündeten die erforderliche Unterstützung gewährleisten zu können, und ob z.B. in der Ukraine ein Sieg, wie ihn Selenskyj anstrebt, überhaupt realistisch möglich ist.

Wie soll es angesichts der veränderten Weltlage also außenpolitisch weitergehen? Damit beschäftigen sich in der neuesten Ausgabe von *Foreign Affairs* rechtzeitig zum Präsidentschaftswahlkampf gleich drei Artikel aus drei verschiedenen Richtungen. Für die größte Überraschung sorgte dabei Ben Rhodes, der von 2009 bis 2017 stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater für strategische Kommunikation und Redenschreiben in der Obama-Regierung war. Dass er mit dem jetzigen Sicherheitsberater Bidens Jake Sullivan einen Think Tank gegründet hat, spricht dafür, dass er auch heute noch eine wichtige politische Figur ist.<sup>3</sup> In einer gewaltigen Abkehr von der bisherigen US-Politik [plädiert er](#) unter der Überschrift „*A Foreign Policy for the World as It Is - Biden and the Search for a New American Strategy*“ dafür,

dass die USA „die Denkweise des amerikanischen Primats aufgeben“ und „sich von den politischen Erwägungen, dem Maximalismus und der westlich-zentrierten Sichtweise abwenden, die dazu geführt haben, dass die Regierung [Biden] einige der gleichen Fehler wie ihre Vorgänger gemacht hat“. [Übersetzung d. V.]

Bevor wir uns damit beschäftigen, wie Rhodes zu dieser Schlussfolgerung kommt, zunächst ein Blick auf die anderen Konzepte:

### **Trumps Konzept: Frieden durch Stärke**

Der Aufsatz von Trumps ehemaligem nationalen Sicherheitsberater Robert C. O’Brien trägt [den Titel](#) „*The Return of Peace Through Strength - Making the Case for Trump’s Foreign Policy*“. Trump sei ein Friedenspräsident gewesen und werde es bei einer erneuten Präsidentschaft auch wieder sein, verspricht der Autor. Schließlich habe er in seiner Amtszeit keinen neuen Krieg begonnen, und in Krisenregionen sei die Lage sehr viel ruhiger gewesen als heute.

---

<sup>2</sup> Das zeugte nicht unbedingt von Friedenswillen, viele Republikaner wollten vielmehr die Ressourcen lieber auf die Eindämmung Chinas konzentrieren und den Kampf gegen Russland den Europäern überlassen.

<sup>3</sup> Nach Bidens Debatten-Desaster fragen sich viele Beobachter, wer eigentlich die ganze Zeit die USA regiert (hat), wenn Biden selbst offenbar nur bedingt dazu fähig war und ist. Eine Vermutung unter anderen, die [aufgrund einiger Indizien](#) plausibel erscheint, dass es eine Gruppe um den Ex-Präsidenten Barak Obama ist. Und das würde den Ausführungen von Rhodes noch einmal mehr Bedeutung verleihen.

Die heute offensichtliche Schwäche der USA im Vergleich zum Aufstieg ihrer Rivalen sei die Folge der falschen Politik der demokratischen Präsidenten und ihrer globalistischen Politik, wodurch die einmalige Chance vertan wurde, nach dem Fall der Sowjetunion die einzige Hegemonialmacht zu sein und zu bleiben. Man habe die militärische Macht der USA heruntergefahren. Die gemischten Botschaften an die Gegner und halbherzigen Zeichen der Stärke, hätten diese zu verstärkter Aufrüstung (China und Iran) und sogar Angriffen (Ukraine-Krieg) ermutigt. Und die Freihandelspolitik, die in Wirklichkeit keine gewesen sei, sei insbesondere von China gnadenlos ausgenutzt worden und habe die Wirtschaft der USA entscheidend geschwächt.

Die USA hätten die Ressourcen, den Ideenreichtum und den Mut, ihre nationale Macht wieder aufzubauen, ihre Freiheit zu sichern und wieder zur letzten Hoffnung der Menschheit zu werden, wenn sie ihren Kurs grundlegend änderten.

Die richtige wirtschaftspolitische Antwort auf diese Situation sei die Einführung von Einfuhrkontrollen und Zöllen, sowie die Deregulierung der Wirtschaft und die Einschränkung der Staatsausgaben, damit das freie Unternehmertum sich wieder voll entfalten könne und Arbeitsplätze geschaffen würden.

Weltpolitisch sei Trump keineswegs ein Isolationist. Vielmehr könne die Befriedung der Welt nur dadurch gelingen, dass die USA glaubhaft militärische Stärke demonstrierten und damit feindselige Aktionen potentieller Gegner im Keim erstickten. Das bedeute, dass an allen Krisenherden die Verbündeten durch Geld, Waffen und Beratung kräftig unterstützt würden; allerdings nur unter der Voraussetzung, dass diese gleichzeitig selbst verstärkte eigene Rüstungsanstrengungen unternähmen. Im Ukraine-Krieg hieße das, Fortsetzung der Waffenlieferungen, aber unter der Bedingung, dass die Europäer sie bezahlen, und Stationierung von Bodentruppen und Luftwaffe in Polen. Das alles bei Beibehaltung diplomatischer Verhandlungskanäle mit Moskau mit dem Ziel einer Verhandlungslösung. Für Gaza schlägt O'Brien vor, dass die USA sich darauf konzentrieren, maximalen Druck auf den Hauptunruheherd Iran auszuüben, und es so den lokalen Mächten zu ermöglichen und zu überlassen, eine Regelung des Palästinenserproblems herbeizuführen. All das erfordere die Entwicklung neuer Waffensysteme, eine Reform der Rüstungsindustrie und der Vergabe von Rüstungsaufträgen unter direkter Kontrolle des Präsidenten, um die Armee – bei gleichbleibenden Kosten - für die anstehenden Aufgaben der Zukunft angemessen vorzubereiten.

Ideologisch sollten die USA nicht erwarten, dass alle ihre Verbündeten ihre eigene Werte teilten, oder diese Länder gar mit militärischer Gewalt in Demokratien zu verwandeln suchen. Man solle sich vielmehr wieder im eigenen Land als Vorbild für die Welt profilieren und gleichzeitig Dissidenten weltweit nach Kräften unterstützen. 1179

*Ende des ersten Teils*

## Quo Vadis amerikanische Außenpolitik?

### Teil 2

#### Die „progressive“ Antwort: Eine Kraft des Guten in einer Welt der Zielkonflikte

Die Trump nahen Strategen sehen die wirtschaftliche und militärische Stärke der USA als Basis für das Wohlergehen der US-Bürger und den Frieden in der Welt an; die endlosen, größtenteils verlorenen, und viel zu kostspieligen Kriege sind für sie die Folge amerikanischer Schwäche. Die Weiterverbreitung von Werten hingegen ist für sie zweitrangig. Gerade diese Werte sind es aber, die Progressive dazu bewegt, ebenfalls die Aufgabe des amerikanischen Hegemonialanspruchs abzulehnen. Megan A. Stewart, Jonathan B. Petkun, and Mara R. Revkin (alle drei sind außerordentliche Professoren für Politik) kritisieren die verheerenden Folgen der von den USA geführten Kriege, die Millionen von Opfern kosteten. Unter dem [Titel](#) „*The Progressive Case for American Power*“, argumentieren sie jedoch, dass ein Rückzug der USA von der Weltbühne, der Verzicht auf neue Verpflichtungen und die Aufgabe des US-Dominanzanspruchs, wie es die „Anti-Hegemonisten“ forderten, letztlich mehr Schaden anrichten als Gutes tun würde.

Während sich Progressive in Bezug auf innenpolitische Forderungen weitgehend einig seien (höhere Steuern für Reiche, Soziale Sicherung, Antirassismus, Recht auf Abtreibung), und Biden diesbezüglich einer der progressivsten Präsidenten der neueren Geschichte sei, gäbe es bezüglich der angemessenen Außenpolitik große Meinungsverschiedenheiten. Einig sei man sich über die zu vertretenden Werte: Politischer und sozialer Egalitarismus, militärische Zurückhaltung und Skepsis gegenüber Militärbündnissen wie der Nato sowie Anti-imperialismus, sei der nun autokratischer oder neo-kolonialer Prägung. Biden habe hier einige Erfolge zu verzeichnen, z.B. bei der Verhinderung eines Putsches gegen den neugewählten Präsidenten Luna da Silva in Brasilien; besonders beim Thema Gaza habe er jedoch versagt.

Anti-Hegemonisten nähmen an, dass ein Rückzug der USA automatisch progressiven Zielen diene. So einfach sei es jedoch nicht. Bisweilen gäbe es Zielkonflikte zwischen den drei wichtigsten progressiven Zielsetzungen. Ein Rückzug aus der Ukraine, z.B., würde zwar die imperialistische Ausdehnung der Nato stoppen, gleichzeitig aber ein Machtvakuum schaffen, in das Putin hineinstoßen könnte. Das jedoch könne den Liberalen in der Ukraine und ganz Europa großen Schaden zufügen. Eine ähnliche Situation sei in Syrien gegeben, wo ein Abzug der US-Truppen das Feld für Assad, Russland und ISIS öffnen würde, und die wenigen demokratischen Kräfte dann keine Chance mehr hätten.

Zudem seien Militäreinsätze nicht immer imperialistisch motiviert, wie das zweifelsfrei im Irak oder in Libyen der Fall gewesen sei, sondern könnten auch dem Frieden dienen, so z.B. der Eingriff britischen Militärs in Sierra Leone im Rahmen einer UN-Friedensmission, der einen 20-jährigen Frieden gebracht hätte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet habe das Scheitern der Trans-Pazifischen-Partnerschaft eine Lücke geöffnet, in die nun China getreten sei. Die neue Regionale Umfassende

Wirtschaftspartnerschaft (RUMP) mit 15 Mitgliedsländern sei der größte Wirtschaftsblock der Geschichte - ein Abkommen, das keinen der in der TPP vorgesehenen Arbeits-, Menschenrechts- oder Umweltschutzmaßnahmen enthält. Das verdeutliche, dass progressive Befürworter des Protektionismus sich auch damit auseinandersetzen müssten, wie sich ihre Politik auf Arbeitnehmer in Entwicklungsländern auswirke.

Schließlich hätten die USA auch ihre eigenen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen. Und auch wenn man sich selbst aus Brennpunkten zurückzöge und sich stattdessen auf die Unterstützung lokaler, u.U. undemokratischer, Mächte verlasse, führe das nicht automatisch zu weniger Konflikten.

Alle diese Überlegungen führen die Autoren zu der Schlussfolgerung, dass Prinzipienreiterei wenig zielführend sei und man über Rückzug oder aktives Eingreifen in jedem Einzelfall gesondert entscheiden müsse. Für den Gaza-Konflikt hieße das, sich aktiv für mehr Selbstbestimmung der Palästinenser oder sogar für einen eigenen Staat einzusetzen. Andererseits sollten die USA alle Militärbasen an Orten, an denen sie als Besatzer gesehen werden, z.B. Guantánamo, verlassen. Und immer wieder sei es notwendig, Kompromisse einzugehen, denn in vielen Fällen seien die Maximalziele nicht zu erreichen. Der Rückzug aus Afghanistan sei dafür ein bitteres Beispiel.

Darüber hinaus gälte es, eine Reform des UN-Sicherheitsrats zu betreiben, dem Internationalen Strafgerichtshof beizutreten und dafür zu sorgen, dass bei Auslandsinvestitionen Arbeitnehmer- und Frauenrechte berücksichtigt würden.

Das Fazit des Autoren-Trios: Ja, Washington habe immer wieder rücksichtslos mit seiner Macht gespielt. Doch Zurückhaltung sei keine Lösung. Eine amerikanische Wendung nach innen könne einige der Probleme, die den Progressiven am meisten am Herzen lägen, sogar noch verschlimmern. Anstatt sich von der globalen Bühne zurückzuziehen, sollten die Vereinigten Staaten ihre Macht nutzen, um in einer Welt der Zielkonflikte die Rolle einer ethischen, menschlichen und gerechten Macht des Guten zu erfüllen. 685

### **Ben Rhodes: Brückenbau in die künftige Welt der post-amerikanischen Vorherrschaft**

Bis heute, bemängelt Rhodes in seinem [Aufsatz](#) „*A Foreign Policy for the World as It Is - Biden and the Search for a New American Strategy*“, habe Washington es versäumt, die notwendige Bestandsaufnahme darüber vorzunehmen, wie seine Außenpolitik nach dem Kalten Krieg die Führungsrolle der USA diskreditiert habe. Der „Krieg gegen den Terror“ habe Autokraten ermutigt, Ressourcen falsch zugewiesen, eine globale Migrationskrise ausgelöst und zu einem Bogen der Instabilität von Südasien bis Nordafrika beigetragen. Die marktwirtschaftlichen Rezepte des so genannten Washingtoner Konsenses hätten in einer Finanzkrise geendet, die den Populisten Tür und Tor öffnete, die gegen die abgehobenen Eliten wetteten. Die übermäßige Anwendung von Sanktionen habe zu immer mehr Umgehungslösungen geführt. Die Welt habe es satt, zuzuschauen, wie Washington die Stellung des Dollars als Weltwährung immer mehr als Waffe einsetze. Die amerikanischen Vorlesungen über Demokratie würden immer weniger ernst genommen.

Sowohl dem trumpschen als auch dem progressiven Ansatz fehle es an Realitätssinn. Und das sei auch einer der Gründe dafür, dass Bidens gute Ansätze nur Teilerfolge zu verzeichnen hätten. Die alte, regel-basierte internationale Ordnung existiere nicht mehr. Die Kerninstitutionen, wie der UN-Sicherheitsrat und die Welthandelsorganisation, seien durch Unstimmigkeiten zwischen ihren Mitgliedern lahmgelegt. Russland widersetzte sich den von den USA gesetzten Normen, und China sei bestrebt, seine eigene alternative Ordnung zu schaffen. In der Handels- und Industriepolitik entferne sich auch Washington von den seit dem Ende des Kalten Krieges geltenden Grundpfeilern der Globalisierung. Regionale Mächte wie Brasilien, Indien, die Türkei und die Golfstaaten wählten je nach Thema aus, mit welchem Partner sie sich zusammenschlossen. Selbst die Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland bleibe eine weitgehend westliche Initiative. Während sich die alte Ordnung auflöse, wetteiferten die sich überschneidenden Blöcke darum, was an ihre Stelle treten wird.

Bei einer erneuten Präsidentschaft müsse Biden diesen veränderten globalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Insbesondere gelte es, die bisherigen drei grundlegenden politischen Fehler zu vermeiden: Das Beharren auf Maximalforderungen, den Versuch, die Falken im eigenen Land zu befrieden, und sein fehlendes Verständnis für die Sichtweisen des „Rests der Welt“, insbesondere des Globalen Südens (und eines Großteils der amerikanischen Bürger selbst).

Das wichtigste politische Ziel sei die Verhinderung eines dritten Weltkrieges. Trump treffe bezüglich der endlosen Kriege sehr wohl einen Nerv der amerikanischen Bevölkerung. Die Mehrheit der Amerikaner habe keinen Bezug zu den Konfliktorten, habe die endlosen Kriege satt und verstehe nicht, warum dafür so viel Geld ausgegeben würde. Man habe also weder die öffentliche Unterstützung noch legale Verpflichtungen, dort einzugreifen. Deswegen seien Bluffs, Militäraufmärsche und das Beharren auf der Durchsetzung von Maximalforderungen nicht das richtige Mittel der Wahl, sondern Diplomatie und das Aufzeigen alternativer Wege zur Erlangung von Sicherheit.

Konkret hieße das für den Ukraine-Krieg Sicherung der noch von Kiew kontrollierten Gebiete, deren Einbettung in europäische Institutionen und die Aufnahme langfristiger Verhandlungen. Im Nahen Osten ginge es um Deeskalation und die diplomatische Durchsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung.

Das sei keineswegs eine *appeasement*-Politik, die die Gegner stärke. Biden habe vielmehr mit seiner Politik versucht, gegenüber den Falken in den USA *appeasement* zu betreiben, was zum Misserfolg verdammt war, denn die Falken seien nicht zu befrieden. Doch wer zulasse, dass die Außenpolitik von maximalistischen Nullsummenforderungen bestimmt wird, riskiere die Wahl zwischen einem Konflikt mit offenem Ausgang und einer Blamage.

Trumps „*Strongman*-Politik“, die Mischung aus starkem Nationalismus und Isolationismus sowie einer Neigung dazu, schnelle Lösungen für komplizierte Konflikte anzustreben, sei keinesfalls die richtige Antwort. Sie habe im Gegenteil stark zu dem Chaos beigetragen, das Biden bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe. Sie schaffe zudem eine „Rechtfertigungsstruktur“ für Aggressivität, die die Konflikte anheize.

Die Welt brauche stattdessen Kooperation. Angesichts der großen Risiken und Herausforderungen, KI, Klimawandel, *de-risking* der Lieferketten etc. lohne es sich, Wege zu erkunden, wie die Welt der konkurrierenden Power Blocks mit viel Geduld in eine Welt der Koexistenz und der Verhandlungen verwoben werden könne.

Bidens dritter Fehler, seine Amerikazentriertheit, habe stark zu der Verfestigung der „demokratischen Rezession“, der Stärkung der Trumps und Orbans im Westen und der Autokratien in den übrigen Teilen der Welt, beigetragen. Die ganze Welt sehne sich nach Gerechtigkeit, Solidarität und Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Besonders offenkundig sei diese Problematik nun bei Bidens Gaza-Politik zutage getreten. Das gelte es politisch zu berücksichtigen.

„Anstatt den Kampf zwischen Demokratie und Autokratie als eine Konfrontation mit einer Handvoll geopolitischer Gegner zu betrachten, müssen die politischen Entscheidungsträger in den Demokratien erkennen, dass es sich in erster Linie um einen Kampf der Werte handelt, der innerhalb ihrer eigenen Gesellschaften gewonnen werden muss.“ [Übers. d. V.]

Von einem solchen selbstkorrigierenden Standpunkt aus könnten die Vereinigten Staaten wieder ein Vorbild für die Welt werden und auch global in die „Bausteine demokratischer Ökosysteme“, wie z.B. Initiativen zur Korruptionsbekämpfung und unabhängigen Journalismus, investieren. Das Versprechen Amerikas an die Welt sollte sein, sich in Wort und Tat überall für die Realisierung der Maxime einzusetzen, dass alles menschliche Leben gleichermaßen zählt und alle Menschen überall das Recht haben, in Würde zu leben.

Der Kalte Krieg, so Rhodes, sei schließlich eher durch den Einfluss der Bürgerrechtsbewegung beendet worden als durch den Vietnamkrieg. 1524